

ÖGB-Info-Service: Breite Ablehnungsfront gegen Harmonisierung (1)

Utl.: Vorarlbergs ÖVP-Landeshauptmann Sausgruber auch gegen
Harmonisierungspläne der Bundesregierung =

Wien (ÖGB) - Nicht nur von ÖGB und AK sowie den
Oppositionsparteien, sondern auch aus den eigenen Reihen kommt
heftige Kritik an dem am Dienstag dieser Woche gefassten
Ministerratsbeschluss zur Pensionsharmonisierung. So spricht sich
beispielsweise Vorarlbergs ÖVP-Landeshauptmann Sausgruber gegen die
Harmonisierungspläne der Bundesregierung aus und meint, er sei
"überrascht", dass der Ministerratsbeschluss "offenbar einstimmig
erfolgt ist". Ein Info-Service des ÖGB.++++

Vorarlberg: Schwerarbeits-Definition unmöglich

Vorarlbergs Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP) bedauerte den
Beschluss der Harmonisierung und war "überrascht, dass der
Ministerratsbeschluss offenbar einstimmig erfolgte". In seiner
Stellungnahme kritisierte das ÖVP-dominierte Land, dass eine faire
Definition von Schwerarbeit "nahezu unmöglich" sei. Stattdessen
sollte man, egal in welchem Alter, ohne Abschläge in Pension gehen
können, wenn man auf 45 Beitragsjahre komme.

Pensionsanstalt: Fast unlösbare Probleme

Eine geballte Ladung von Einwänden kam von der Pensionsanstalt für
Arbeiter und Angestellte: Sorge wegen organisatorischer und
personeller Probleme bei der Umstellung, enorm steigender
Verwaltungsaufwand, fehlende Einbindung der Krankenversicherung, fast
unlösbare Probleme bei der Erfassung von Schwerarbeit seien die
Folgen der Harmonisierung. Die lückenlose Feststellung der
Schwerarbeitsmonate sei in Folge fehlender Nachweise (für frühere
Arbeitsjahre, Anm.) praktisch unmöglich. Mit mehr Streitverfahren sei
zu rechnen.

Rechnungshof: Einschleifregelung gefordert

Der Rechnungshof urgierte in seiner Stellungnahme eine
Einschleifregelung bei der "Hacklerregelung", da er bei der
Stichtagsregelung besondere Härten erkennt und befürchtet, dass

Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof geradezu vorhersehbar seien. Außerdem vermisst der Rechnungshof auch Aussagen zu jenem Personalmehrbedarf, der sich aus der Administration des wesentlich komplizierteren Pensionsrechts im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung ergeben werde.

Seniorenrat sieht Pensionisten als "Opfer"

Für die Pensionisten sei, angesichts der zu erwartenden Realeinkommensverluste mit der Harmonisierung, ein "zusätzliches Pensionistenopfer" geschaffen worden.

ÖAAB-Chef Neugebauer: In dieser Form keine Zustimmung

Fritz Neugebauer, Chef der Beamten Gewerkschaft (GÖD) und Obmann des ÖVP-Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) wird der Pensionsharmonisierung in der vom Ministerrat beschlossenen Form im Nationalrat nicht seine Zustimmung geben. "Da sind wir noch nicht am Ende des Tages", meinte Neugebauer wörtlich. Und: "Aus heutiger Sicht ist es nicht zustimmungsfähig."

Die - bisher nicht in den Entwurf eingegangenen - Forderungen der Beamten: Niedrigerer Pensionsbeitrag von 10,25 Prozent schon ab Jänner 2005, sofortige Einführung der Höchstbeitragsgrundlage, die Einführung eines neuen Besoldungsschemas sowie ein Abfertigungsanspruch, um die Pensionsverluste abzufedern. Neugebauer machte klar: Wenn die im ASVG vorgesehene Abfertigung nicht auch für die Beamten schlagend werde, dann brauche man nicht ins neue System zu gehen.

Oberösterreich: Kein harmonischer Übergang

Das Land Oberösterreich hält die Harmonisierung in seiner offiziellen Stellungnahme für "verfassungsrechtlich bedenklich". So sei für einen großen Kreis der Erwerbstätigen kein harmonischer Übergang in das Pensionsrecht vorgesehen. Das sei allerdings keine Kritik an der Pensionsreform an sich: Man bringe lediglich konkrete Verbesserungsvorschläge ein. (ew/fk)

ÖGB, 17. Oktober

2004

Nr. 657

(Fortsetzung)

~

Rückfragehinweis:

ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Ernst Weber

Mobil: 0664/52 62 981

<http://www.oegb.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0010 2004-10-17/10:00

~

171000 Okt 04

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20041017_OTS0010